

## **Beschluss der Mitgliederversammlung der ASG Berlin vom 14. Januar 2015**

### **Antrag zur Bundeskonferenz der ASG am 27. / 28.2.2015**

#### **Ungerechten Zusatzbeitrag der Krankenkassen abschaffen!**

Die Bundeskonferenz der ASG möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Seit 1.1.2015 erheben Krankenkassen individuelle Zusatzbeiträge, an denen sich Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger nicht beteiligen. Gesetzlich ist festgelegt, dass auch alle künftigen Erhöhungen ohne jede Grenze alleine von den Versicherten bezahlt werden müssen. Diese ungerechte Konstruktion verstößt - automatisch und Jahr für Jahr immer stärker - gegen den sozialdemokratischen Grundpfeiler einer solidarischen Finanzierung der sozialen Krankenversicherung und führt auch die paritätische Selbstverwaltung von Krankenkassen ad absurdum.

Deshalb sind alle sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Regierungsverantwortlichen in Bund und Ländern aufgerufen, dieses ungerechte System von Zusatzbeiträgen der Krankenkassen so schnell wie möglich wieder abzuschaffen.